

27. II. 1916

Versammlung des Vereins „Bürgerichule“.

Unter dem Vorsitz seines Präsidenten Gemeinderat **Sohenfinner** hielt der Verein „Bürgerichule“ am 24. d. seine diesjährige Hauptversammlung ab. Der Vorsitzende kam in seinem Bericht auf die Kriegereignisse zu sprechen, die diesmal neuerdings den Beweis erbracht, daß der preußische und der österreichisch-ungarische Schulmeister auf den Schlachtfeldern siegreich sind. Noch nie habe die Lehrerschaft so viel Anerkennung gefunden, wie jetzt. Andererseits müsse aber der Lehrer trotz der Lebensmittelerhöhung mit einem Gehalt leben, der selbst für Friedenszeiten zu gering ist. Magistratsbeamte, Bürgermeister und Stadträte erhielten eine Erhöhung der Bezüge, und selbst Hofräte sind unterstützungsbedürftig geworden. Es sei daher notwendig, daß das im Jahre 1914 beschlossene Gehaltsgesetz die Sanktion erhalte. Bei den Wahlen in den Ausschuß wurden die Herren **Stangl**, **Thiering** und **Winder** einstimmig berufen. Ueber das Gehaltsgesetz erstattete der Vorsitzende ein kurzes Referat und teilte mit, daß in Lehrerkreisen die Ansicht verbreitet sei, daß die Lehrerschaft als Gegenleistung für die Sanktion des Gehaltsgesetzes auf die zwei Millionen Kronen, die ihnen für die Arbeit in den Brotkommissionen zufallen, werde verzichten müssen. Redner werde in dieser Angelegenheit den Bürgermeister im Gemeinderat interpellieren. Gegenwärtig finden Beratungen statt, ob eine Teuerungszulage höher kommt, als die Sanktion des Gehaltsgesetzes. Letztere werde von der Lehrerschaft vorgezogen. Bezirkschulrat **Lang** warnt die Lehrerschaft, auf die Entlohnung in den Brotkommissionen zu verzichten, da diese mit dem Gehaltsgesetz in keinem Zusammenhang stehe. Die Obmännert Konferenz der Lehrerschaft habe auch den Beschluß gefaßt, gar nicht darauf zuzugehen. Auf Antrag des Nachlehrers **Serbegen** wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der die schleunigste Vorlage des Gehaltsgesetzes zur Sanktion gefordert wird.